
Marion Schardt-Sauer

LANDTAGSABGEORDNETE MARION SCHARDT-SAUER (FDP) BEI DER IHK LIMBURG

29.05.2024

ZUKUNFTSTHEMA „VERKEHR“

Zum Austausch über Themen der Region und die aktuelle Lage der Unternehmen war die FDP-Landtagsabgeordnete Marion Schardt-Sauer wieder zu Gast bei der IHK.

In einem intensiven Gespräch mit der Hauptgeschäftsführerin Monika Sommer, dem Geschäftsbereichsleiter Alfred Jung und seinem designierten Nachfolger Oliver Rohrbach wurden beim aktuellen Besuch insbesondere die zentralen Limburger Verkehrsthemen „Lichfield-Brücke“ und „Süd-Umgehung“ erörtert.

Die Wirtschaftsvertreter betrachten beide Projekte mit größtem Interesse, aber auch durchaus mit Sorge. Monika Sommer: „Die Verkehrsinfrastruktur ist für die heimischen Unternehmen von existenzieller Bedeutung. Es muss daher alles getan werden, um Friktionen im Verkehrsfluss zu vermeiden, damit Industrie und Handel in Limburg nicht in Turbulenzen geraten und nachhaltigen Schaden nehmen.“

Gerade im Kontext des Projekts „Lichfield-Brücke“ sind zuletzt Aspekte bekannt geworden, die möglicherweise gravierende Auswirkungen auf die Dauer der Arbeiten insgesamt nach sich ziehen könnten.

Schardt-Sauer berichtete über Erkundungsbohrungen, die nun zunächst auf den Weg gebracht wurden. Damit soll geklärt werden, ob durch den Neubau Gefährdungen der Grundwasserbrunnen gegeben sind und wie die vermieden werden können. Der sich immer weiter in die Länge ziehende Bauplan berge Risiken. Schardt-Sauer: „Woher wissen wir, ob die Brücke wirklich so lange hält?“

Auch auf das zweite, für Limburg wichtige Verkehrsprojekt -die Südumgehung- kommt in den Augen der Gesprächsteilnehmer nicht so recht voran.

„Hier ist vor allem die neue Landesregierung gefordert, die endlich insbesondere die erforderlichen haushaltsrechtlichen Voraussetzungen schaffen muss, damit es vorwärts gehen kann.“ Mahnt Schardt-Sauer. Man könne sich da ein Beispiel an der sehr effektiven Verkehrspolitik, einschließlich der dort sichtbaren zügigen Umsetzung von zentralen Infrastruktur-Projekten in anderen Bundesländern nehmen, betont Schardt-Sauer.

Alfred Jung wünscht sich an dieser Stelle aber auch nachhaltiges Engagement der heimischen Politik. „Der Prozess muss auch überparteilich von der Kommunalpolitik angetrieben werden. Ein intensives „Lobbying“ bei den Entscheidungsträgern hilft immer – positive Beispiele dafür gibt es in großer Zahl.“, so Jung.